



Niederschrift

81. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.04.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE
Herr Thomas Bachmann	SPD
Herr Pete Heuer	SPD
Herr Marcus Krause	SPD
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen Leitung der Sitzung
Herr Björn Teuteberg	FDP
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	
Herr Frank Kulok	BürgerBündnis	früher gegangen
Frau Claudia Mucha	SPD	bis 20.00 Uhr
Herr Christopher Kühn	FDP	
Herr Wolfgang Schütt	CDU	
Herr Wolfgang Dau	SPD	

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter
---------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

- 3.2 Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124 (Titel neu:
Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe-
und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam- Nord/Friedrichspark Teilbereich
Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum
Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT
Satzkorn)
(Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0059
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL
- 3.3 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost)
(Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0102
Fraktion CDU/ANW
- 3.4 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), Entscheidung
zum weiteren Verfahren (Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0110
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
auch OBR Golm und Eiche
- 3.5 Durchgang im Schäferfeld
Vorlage: 13/SVV/0176
Fraktion DIE LINKE
SB (ff)
- 3.6 Workshop "Langer Stall"
Vorlage: 13/SVV/0202
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.7 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV
Vorlage: 13/SVV/0203
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.8 Azubiwohnen
Vorlage: 13/SVV/0204
Fraktion SPD
- 3.9 Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender
Wohnkosten (Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0152
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Mitteilungsvorlage

- 3.10 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2012/2013
Vorlage: 13/SVV/0193
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
Mitteilungsvorlage

- 3.11 Kino Charlott
Vorlage: 13/SVV/0221
FB Bauaufsicht und Denkmalpflege
Mitteilungsvorlage

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Info. "Baustellen 2013 im Hauptverkehrsnetz der LHP"
FB Grün- und Verkehrsflächen

- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 14.03.2013
bis 10.04.2013
Bereich Bauordnung

- 4.3 Information zur Begrünung des Kreisels Drewitz (Bitte von Herrn Heuer)

- 4.4 Information bzgl. der Ausschreibung des Grundstücks Breite Straße (auf
Nachfrage von Herrn Krause und Herrn Jäkel)

- 4.5 Info. zur Stellungnahme der Pro Potsdam bzgl. der e-mail "Hilferuf" v. 7.4.13 an
alle Fraktionen, hier zur Konrad-Wolf-Allee

- 4.6 Information zur Radverkehrssicherheit

- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Frau Hüneke eröffnet die Sitzung und entschuldigt den Ausschussvorsitzenden, Herrn Herr Kutzmutz.

Als neues Ausschussmitglied stellt sie Herrn Wolfgang Dau, sachkundiger Einwohner für die SPD-Fraktion vor.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.03.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 26.03.2013 erfolgt der Hinweis von Herrn Lehmann, dass er zum TOP 3.2 – Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost) – informiert habe, dass der Antrag solange zurück gestellt werden solle, bis die Fraktion ihn erneut für die TO aufruft. Weiterhin gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegen folgende Anträge auf Rederecht vor:

Zum TOP 3.4 B-Plan Nr. 129 "Nördlich in der Feldmark"

von Herrn Gläser und Frau Böttge ("Arbeitskreis "Die Feldmärker"")

von Herr Winskowski (Standortmanagement für den Wissenschaftspark Golm)

von Herr Christian Prenzlów (Interessenvertretung für einzelne Grundeigentümer)

Zu TOP 3.9 "Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten"

angemeldet durch Herrn Böttche (Bereich Wohnen)

Rederecht für die Vertreter aus dem Expertengremium "Potsdam22"

- Herr Dr. Fritz Reusswig (PIK) und

- Herr Carsten Hagenau (Projektkommunikation)

Zur Tagesordnung informiert die Ausschussvorsitzende:

Der TOP 4.1 Antrag 13/SVV/0176 Durchgang im Schäferfeld könnte entfallen, da der SB-A. die Federführung hat und der Antrag im Finanzausschuss noch nicht behandelt worden ist

Herr Jäkel als Antragsteller stimmt dem Vorschlag zu, bittet jedoch unabhängig von der Behandlung im Finanzausschuss den Antrag spätestens in einem Monat wieder aufzurufen (WV SB-A. 28.5.2013).

Weiterhin wird vorgeschlagen, den TOP 3.9 aufgrund der anwesenden Gäste vorzuziehen und nach dem TOP 3.4 zu behandeln.

Zum Antrag 13/SVV/0102 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost) informiert Herr Lehmann für die antragstellende Fraktion), dass dieser Antrag heute von der TO genommen werden kann und die Fraktion signalisiert, wann der Antrag erneut zu behandeln ist.

Frau Hüneke teilt mit, dass sie den Antrag TOP 3.2 13/SVV/0059 nochmals zurück stellen möchte.

Frau Schulze erinnert an die Geschäftsordnung. Da sich der Antrag bereits über

3 Monate im Geschäftsgang befindet, müsse der Hauptausschuss informiert und durch die STVV entschieden werden, wie damit umgegangen werden könnte.

Durch Herrn Dr. Bauer ist aus Anlass des tödlichen Fahrradunfalls als zusätzlichen TOP: Verkehrssicherheit – Information/Diskussion der kurzfristigen Maßnahmen auf die Tagesordnung zu setzen. Dies würde nach dem TOP 4.5 erfolgen.

Der SB-Ausschuss stimmt der entsprechend veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0602

Fraktion DIE LINKE
auch OBR Eiche

Herr Jäkel berichtet, dass nach Beratung im OBR Eiche am 25.10.2012 eine Änderung des Antragsinhaltes erfolgt ist und bringt den geänderten Antrag ein:

"Die STVV möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Anliegern der Lindstedter Straße im Ortsteil Eiche mitzuteilen, dass die Planungen zum Bau einer Straßenbahntrasse durch die Lindstedter Straße nicht weiter verfolgt werden.

Darüber hinaus wird er beauftragt, im Juni 2013 einen Ausbau der Straße in ortsüblicher Ausführungsform mit Fahrbahn plus Gehweg zur Anhörung zu bringen."

Im vergangenen Jahr sei eine Anhörung durchgeführt worden. Es besteht der Wunsch der Anlieger die Straße ortsüblich zu befestigen (Beibehaltung des Gehweges oder Erneuerung des Gehweges; keine 2 Straßenbahnspuren). Herr Jäkel verweist auf den Beschluss der STVV zum StEK Verkehr vom Juni 2012 und auf den Beschluss der STVV vom Januar 2013 zum Nahverkehrsplan. Darin ist klar festgesetzt, dass im Punkt 4.1.2 Netzentwicklung der dritte Absatz Straßenbahntrasse Eiche – Golm komplett zu streichen ist und in der Abbildung die Straßenbahntrasse ab Neues Palais ersatzlos zu streichen ist. Deshalb braucht dieser Sachverhalt nicht erneut beraten zu werden.

Herr Klipp erinnert an die Behandlung im SB-Ausschuss am 30.10.2012 in welcher von der Verwaltung vorgeschlagen worden ist, den Antrag bis zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum STEK Verkehr zurückzustellen, da es sich um keine akute Gefahrenstelle handelt. Hinsichtlich der Erarbeitung des STEK Verkehr wird gegenwärtig das Kontrollscenario untersucht; die Frage der Straßenbahn nach Golm ist damit offen. Zugleich informiert Herr Klipp, dass er es für nicht sinnvoll hält, mit den Anwohnern eine Anhörung zur Umsetzung einer Maßnahme nach KAG durchzuführen, wenn klar ist, dass in den nächsten 4 Jahren keine finanziellen Mittel in der Investplanung enthalten sind.

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass grundsätzlich eine

Schadensbeseitigung mit Bordmitteln durch den Bauhof möglich wäre. Hinsichtlich der Vorverfestigung der Straße besteht jedoch das Problem der Entwässerung. Von daher ist keine vollständige Versiegelung möglich, d.h. nur eine eingeschränkte Vorverfestigung kann erfolgen.

Herr Jäkel bittet vorzugehen, wie von Herrn Praetzel vorgeschlagen und trotzdem den Versuch einer Anhörung Ausbau nach KAG zu starten. Die Anwohner haben Bereitschaft signalisiert in Vorkasse zu gehen.

Herr Kirsch bestätigt, dass es wenig Sinn mache eine Anhörung durchzuführen, ohne dass Mittel für eine grundlegende Erneuerung im Haushalt zur Verfügung stehen.

Herr Heuer bittet um eine verbindliche Aussage, wann der dringend erforderliche grundlegende Ausbau erfolgen kann.

Herr Klipp antwortet, dass eine verbindliche Aussage nicht möglich sei und verweist auf die Hoheit der Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich des Beschlusses der Investitionspläne. Er betont, dass in 4 Jahren mit diesem Vorhaben folgende Vorhaben in Konkurrenz stehen werden:

- Ausbau der Behlertstraße
- Verlängerung der Wetzlarer Straße
- Ausbau des Leipziger Dreiecks.

Hier handelt es sich um Investitionsnotwendigkeiten ab 2017. Dabei sei offen, wo in der politischen Diskussion die Prioritäten gesetzt werden.

Herr Heuer regt an, sich den Investitionsplan gemeinsam mit der Verwaltung anzusehen.

Herr Praetzel macht auf das Problem der Entwässerung aufmerksam. Eine Lösung sei nur durch dezentrale Entwässerung möglich.

Herr Jäkel stellt fest, dass die Verwaltung heute einen anderen Sachstand dargestellt hat, als bisher im Ortsbeirat Eiche und in der Einwohnerversammlung der Anlieger in 2012 erläutert worden ist. Damals war Sachstand, dass bei Bereitschaft der Anlieger zur Vorkasse der Bau der Straße auch unabhängig vom Investitionsplan der LHP in Kürze erfolgen könne. Die Möglichkeit, die Straße mit Bordmitteln des Bauhofes in den nächsten drei Jahren schrittweise so zu ertüchtigen, dass ein kompletter Ausbau ggf. entbehrlich werden kann, war bisher nicht den Anliegern und dem Ortsbeirat erläutert worden.

Dieser neue Sachstand möge bitte seitens der Verwaltung formuliert werden und als Information für den Ortsbeirat zu seiner Maisitzung am 30.5.13 zur Verfügung gestellt werden.

Dann wird der Ortsbeirat Eiche sich zum weiteren Verfahren beraten.

Anschließend wird Herr Jäkel den SB-Ausschuss über das Ergebnis informieren.

Bis dahin stellt Herr Jäkel den Antrag zurück.

Die Darstellung der Verwaltung ist diesem Protokoll als Anlage beizufügen.

- zu 3.2 Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124**
Titel neu:
Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9
"Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-
Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7
"Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-
Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn) (Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0059
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL

Nochmals durch die Antragsstellerin zurück gestellt.

- zu 3.3 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost)**
(Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0102
Fraktion CDU/ANW

Zurück gestellt - der Antragsteller ruft den TO zu gegebener Zeit erneut auf.

- zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm),**
Entscheidung zum weiteren Verfahren (Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0110

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
auch OBR Golm und Eiche

Folgende Rederechte werden wahrgenommen:

Herr Gläser und Frau Böttge (Arbeitskreis "Die Feldmärker")

Herr Winskowski (Standortmanagement für den Wissenschaftspark Golm)

Herr Christian Prenzlau (Interessenvertretung für einzelne Grundeigentümer).

Teilweise wurden zusätzlich schriftliche Ausarbeitungen an die Ausschussmitglieder verteilt.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt in Erinnerung, dass die Mitglieder des SB-Ausschusses in ihrer letzten Sitzung Wert darauf gelegt hatten, zunächst das Votum des OBR Golm zur Beschlussvorlage einzuholen. Den Ausschussmitgliedern liegt aktuell eine Übersicht über die Voten der OBR Golm und Eiche vor, der entnommen werden kann, dass der OBR Golm am 16.04. der Beschlussvorlage mit einer Änderung zugestimmt hat (sh. Tischvorlage).

In der Beschlussvorlage sind die umfangreichen Beteiligungs- und Mitwirkungsprozesse aus dem zurück liegenden Jahr ausgewertet und für eine Entscheidungsfindung aufbereitet worden. In der Vorlage sind daher neben den Ergebnisprotokollen der Planungswerkstatt (Anl.1), dem Abwägungsvorschlag zu den noch offenen Grundsatzpositionen aus dem geführten Diskussionsprozess (Anl.2), den entwickelten alternativen Erschließungskonzepten incl. Bewertungsmatrix dazu (Anl. 3+4), auch die Übersicht über die Schlussfolgerungen aus den durchgeführten Beteiligungs- und Mitwirkungsprozessen (Anl.5), das städtebauliche und landschaftsplanerische Konzept zum Bebauungsplanentwurf in 3 Varianten (Anl.6), den Bebauungsplanentwurf (Anl.7) und seine Begründung (Anl.8) enthalten. Auf dieser Basis soll nun – mit Unterstützung aus der Politik - der nächste Verfahrensschritt, die Beteiligung der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan, vorbereitet werden.

Frau Holtkamp berichtet weiter, dass die STVV im Juni 2010 aufgrund des dringenden Bedarfs an forschungsorientierten Gewerbeflächen im unmittelbaren Umfeld des Wissenschaftsparks Golm den Aufstellungsbeschluss zu diesem Bebauungsplan gefasst hat – zunächst nur begrenzt auf die westlichen Flächen, die im Gewerbeflächensicherungskonzept von der StVV als unverzichtbare, bis 2020 zu entwickelnde Flächen eingestuft wurden.

Im Dezember 2010 beschloss die STVV die Erweiterung des Plangebiets mit dem Ziel der Schaffung von ebenfalls dringend benötigten Wohnbauflächen nach dem STEK Wohnen.

Für die nötige Neuordnung der Grundstücke wurde zugleich die Einleitung eines Bodenordnungsverfahrens beschlossen.

Im November 2011 erfolgte die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, zu der die Verwaltung auch zu 2 Informationsveranstaltungen im Ortsteilbüro eingeladen hatte und aus der 6 Stellungnahmen hervor gingen. Nach einer im März 2012 durchgeführten Einwohnerversammlung wurde auf der Grundlage eines STVV-Beschlusses im letzten Herbst die **Planungswerkstatt** durchgeführt, an der jeweils etwa 20 Personen – 4-5 Mitglieder der Anwohnerinitiative, 1-2 Eigentümer im Plangebiet, der Ortsbeirat und weitere Beteiligte - mitgewirkt hatten. Aus der Werkstatt ist dann eine Fülle von Änderungen des Bebauungsplanes entstanden, deren wichtigste jetzt vorgestellt werden:

"Nutzungsarten:

die Gewerbeflächen, die aus städtebaulichen und Immissionsschutzgründen von NW nach SO gegliedert sind, haben eine starke Eingrenzung auf wissenschaftsnahes Gewerbe erfahren. Das südöstliche Gewerbegebiet hat mit Rücksicht auf die angrenzende Wohnbebauung eine Beschränkung der Baukörperlänge erfahren, außerdem liegt hier ein 12 m tiefer Pflanzstreifen zur Abschirmung gegenüber der Wohnbebauung.

Bebauungsdichte:

in den Wohngebieten Staffelung der Bebauungsdichten: im N und O im Übergang zur Landschaft kleinteilig (Ein- und Zweifamilienhäuser, max. 2 WE, Grundstücksmindestgrößen). In den Wohngebieten sind unterschiedliche Wohnformen möglich, so etwa im westlichen Teil ein Studentenwohnheim.

Grünflächen:

Wichtiges Element: verbindende Grünzug im mittleren Teil, der die vorhandenen Landschaftsbezüge aufgreift und vernetzt. Allein die hier vorgesehenen öffentlichen Grünflächen nehmen eine 30 m breite Fläche ein, daran schließen sich private Grünflächen mit Pflanzverpflichtungen von ebenfalls insgesamt 30 m an. Die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen soll unter Mitwirkung interessierter Bürger im weiteren Planungsprozess festgelegt werden.

Verkehr:

Im N des GE wurde in Verlängerung des Erschließungsringes aus bisher nicht überbaubaren Grundstücksflächen eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, um für den Fall eines künftig möglicherweise zusätzlichen Verkehrsaufkommens die Optionsfläche für eine Nordanbindung zu schaffen.

Keine Straßenverbindung durch die öff. Grünfläche zwischen GE und WA, jedoch Dimensionierung der Grünverbindungen mit 12 m Breite, sodass im Fall eines späteren Änderungserfordernisses in eine Verkehrsfläche kein Flächenerwerb erforderlich wird."

Im November 2012 wurden die Grundstückseigentümer im Plangebiet zu den noch offenen grundsätzlichen Fragen aus der Planungswerkstatt schriftlich beteiligt. In diese Phase einbezogen wurde auch eine Vorzugsvariante der Anwohnerinitiative für die Erschließung. Nur 5 der 26 Eigentümer befürworteten diese Variante. Die Variante sieht nur eine Erschließung des Plangebiets vor. Im Westen erfolgt danach die Anbindung in das Gewerbegebiet, das Wohngebiet soll über eine Ringerschließung unter 2maliger Kreuzung des Grünzugs erschlossen werden. Der Vorschlag der Verwaltung sieht demgegenüber eine unabhängige Erschließung des Wohngebiets vom Gewerbegebiet unter Wahrung der zentralen Grünzone vor, mit der wechselseitige Störungen vermieden werden können und sowohl im Gewerbe- als auch im Wohngebiet ein eigenständiger Gebietscharakter ermöglicht werden kann. Neben den bereits vorgestellten Änderungen am Bebauungsplan ist in Auswertung all dieser Beteiligungs- und Mitwirkungsprozesse der vorliegende Abwägungsvorschlag unterbreitet worden, dessen wesentliche Elemente das Festhalten am Aufstellungsbeschluss und den Planungszielen, die Verwendung des im Bebauungsplanentwurf enthaltenen Erschließungskonzeptes und die zügige Weiterführung des Planverfahrens mit den nun vorgenommenen Änderungen und Einschränkungen ist. Auch die Vernetzung von Maßnahmeplan und Bebauungsplan im weiteren Verfahren ist im Abwägungsvorschlag unterbreitet.

Zur Sicherung der sozialen Infrastruktur sind die insgesamt 14 Parteien, denen nach dem Stand der Bodenordnung Wohnbauland zugeteilt werden soll, um ihre Zustimmungserklärung zur Kostenbeteiligung gebeten worden. Inzwischen liegen bereits 11 Zustimmungserklärungen vor. Entscheidend für die breite Zustimmung war der Vorschlag, die Zahlungsverpflichtung in die Baugenehmigungsphase zu verlagern und zuvor diese Verpflichtung im Grundbuch eintragen zu lassen. Wichtig für die Eigentümer im Plangebiet, die um diese Zustimmungserklärung gebeten wurden, ist das Vertrauen darauf, dass der aktuelle Bebauungsplan nun auch zügig weiter geführt wird.

Abschließend berichtet Frau Holtkamp, dass durch den OBR Golm nach intensiver Diskussion in zwei Sitzungen die Beschlussvorlage am 16.04. mit einer Änderung bestätigt worden ist, die eine Verlängerung der Vorhaltetrasse im Norden bis an die Plangebietsgrenze zum Gegenstand hat.

Ähnlich hat auch der OBR Eiche am 21.03. beraten, der für eine Weiterführung der Verkehrsfläche im GE bis zur nördlichen Geltungsbereichsgrenze votiert hat.

Die Ausschussvorsitzende dankt der Verwaltung für die Aufbereitung der Voten.

Frau Hüneke bringt folgenden Änderungsantrag für die Fraktion Gr./B90 (v. 18.3.13) ein:

" Folgende Änderungen sind zu veranlassen:

Die Aufteilung zwischen Gewerbeflächen, Grünflächen und Wohnfläche soll so verändert werden, dass in Rückkehr zur ursprünglichen Planung, Breite und Lage des Grünstreifens zwischen Gewerbe und Wohnen, die Ausbildung einer ausreichend breiten, nutzbaren Grünfläche möglich wird. Sie soll nicht als Versickerungsfläche genutzt werden.

Für die Verkehrsanbindung des MIV, ist eine Vorhaltetrasse nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen. Außerdem soll die Verkehrsführung, die Durchfahrt durch das Alte Rad unterbinden."

Auf die Beantwortung der Nachfrage, weshalb der v.g. Antrag im OBR Golm nicht beraten worden ist, konnte keine Antwort gegeben werden.

Herr Jäkel bringt folgenden Antrag ein und bittet auch die Begründung protokollarisch festzuhalten:

" Die STVV möge den Beschlussvorschlag um folgenden Punkt ergänzen:

2. Im Norden des Gewerbegebietes und in der Verlängerung durch die anschließende Grünfläche ist eine öffentliche Straßenverkehrsfläche festzusetzen. Der nördlichste Abschnitt ist als Vorhaltetrasse für eine Straßenanbindung nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen.

Bisher 2. wird zu 3.

Begründung:

Die angrenzenden Straßen südlich des Plangebietes treffen auf schmale Erschließungsstraßen in Golm und in der Weiterführung über die schmale und kurvenreiche Rosskastanienstrasse in Eiche oder über Golm direkt auf die schmale Kaiser-Friedrich-Straße, ebenfalls durch Eiche nach Potsdam. Die Rosskastanienstrasse in Eiche war nur zur Erschließung des Wohngebietes Altes Rad dimensioniert und gebaut. Die Kaiser-Friedrich-Straße ist für die ehemals dörfliche Situation von Eiche errichtet sowie beidseits dicht bebaut worden und durch den später erfolgten Anschluss des "Altes Rades" erheblich zusätzlich belastet worden. Die Kapazitätsreserven dieser Straßen im Ortsteil Eiche sind nach Auffassung von Herrn Jäkel im Berufsverkehr heute nahezu ausgeschöpft. Der immer fortwährende Anschluss weiterer Wohngebiete beeinträchtigt die Lebensqualität an diesen Straßen und erzeugt Überlastungen an den Kreuzungen und Querungsstellen, insbesondere am Nettomarkt. Deshalb sind alternative Erschließungsmöglichkeiten für weitere Verkehrsmengen zu schaffen. Dabei kommt einer Nordanbindung aus dem Plangebiet B-Plan Nr. 129 in Richtung Potsdamer Straße Bornim große Bedeutung zu. Diese Anbindung muss am Beginn des Verfahrens

verbindlich planerisch gesichert werden, um spätere Hindernisse und Schadenersatzforderungen auszuschließen. Dabei reicht es nicht aus, nur "eine von Hochbauten frei zuhaltende Fläche" einzutragen. Diese muss klar als künftige Verkehrsfläche definiert werden."

Herr Jäkel berichtet, dass der Ortsbeirat Eiche unter Teilnahme des Ortsvorstehers Golm diesem Antrag einstimmig zugestimmt habe.

Auf Rückfrage zur Entwässerungssituation informiert Frau Holtkamp, dass die Erweiterung des Kanalnetzes in Golm schwierig sei. Eine ökologische Lösung konnte gefunden werden, bei der die Entwässerung im Gebiet selbst über Regenauffangbecken erfolgen kann.

Herr Krause merkt an, dass unter öffentlichem Grün die naturräumliche Erlebbarkeit zu verstehen ist. Er spricht sich für die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes aus. Seines Erachtens sollten alternative Konzepte, einschließlich der Nordanbindung gefunden werden. Den Änderungsantrag von Gr./B90 begrüßt er und verweist darauf, dass dieser gemäß Geschäftsordnung als erster abzustimmen wäre.

Herr Krause bringt folgenden Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag Fraktion B90/Gr. ein:

"Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Folgende Änderungen sind zu veranlassen:

Die Aufteilung zwischen Gewerbeflächen, Grünflächen und Wohnfläche soll so verändert werden, dass der Umgriff des Gewerbegebietes dem Aufstellungsbeschluss 10/SVV/0356 angepasst wird, und eine ausreichende breite und nutzbare öffentliche Grünfläche zwischen den Baugebieten festgesetzt wird, die eine räumliche Erlebbarkeit und eine naturräumliche Korrespondenz mit dem umgebenden Landschaftsraum ermöglicht. Für die Verkehrsanbindung des MIV ist eine Vorhaltetrasse nach Norden in Richtung Bornim parallel zur Bahnlinie planungsrechtlich als öffentliche Verkehrsfläche zu sichern. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist entsprechend zu erweitern.

Außerdem soll die Verkehrsführung

- die Baugebiete miteinander verbinden,
- die Sichtbeziehungen zu den umgebenden Höhenkuppen berücksichtigen und
- die Durchfahrt durch das Alte Rad begrenzen.

Bei der Überarbeitung des Bebauungsplanes sind die Zielstellungen des Beschlusses 12/SVV/0241 zu berücksichtigen."

Frau Hüneke behält sich vor, den v.g. Ergänzungsantrag nochmals zu überdenken, insbesondere was die Verbindung der Baugebiete untereinander betrifft.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass die mit dem Antrag von Herrn Krause gewünschte planungsrechtliche Sicherung einer Vorhaltetrasse nach Norden eine Erweiterung des Plangebietes zur Folge hätte. Das bedeutet, dass nicht nur die Planzeichnung, sondern auch die Abwägungsmaterialien zu ändern wären (Notwendigkeit der Erarbeitung Umweltberichtes, naturschutzrechtliche Untersuchungen (Beobachtung der Zauneidechse über eine volle Vegetationsperiode 2014). So dass die Präsentation erst im Jahr 2015 erfolgen könne und dann vermutlich über ähnliche od. gleichgelagerte Konfliktpunkte zu entscheiden sein wird.

Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) informiert zu den verkehrlichen Bedingungen, dass für die Erweiterung nach Norden eine ausreichende städtebauliche Begründung erforderlich sei (führt über private Ackerflächen). Die derzeitige Straßenanbindung habe ausreichend Reserven und sei leistungsfähig. Hinsichtlich des Wunsches die Durchfahrt des Altes Rades zu unterbinden, erinnert er an den

dringenden Wunsch von Golmer Seite hinsichtlich der Durchfahrung des Alten Rad.

Zu den Ausführungen von Herrn Kahle bringt Herr Krause zum Ausdruck, dass seines Erachtens insbesondere der Kreuzungspunkt Kaiser-Friedrich-Str./Amundsenstr. für die Zukunft nicht ausreichend leistungsfähig ist. Er spricht sich dafür aus, das gesamte Verkehrsnetz zu betrachten, da er dieses aufgrund der erheblichen Zunahme des Verkehrs nicht für leistungsfähig genug hält. Hinsichtlich der Verbindung zum Baugebiet "Altes Rad" im Ortsteil Eiche spricht er den Immissionsschutz an. Die Durchführung des Alten Rades soll nur begrenzt werden, nicht unterbunden.

Herr Krause weist darauf hin, dass für eine Nordanbindung die städtischen Grundstücke parallel zur Bahn, die eine ausreichende Breite für eine Straßenführung haben, genutzt werden könnten. Eine städtebauliche Begründung für eine Nordanbindung ergibt sich allein schon aus der Erfordernis einer direkten Anbindung des künftigen Gewerbegebietes an das überörtliche Straßennetz. Für LKW-Verkehr ist das Gewerbegebiet nach dem jetzigen Stand der Planung nur umwegig über den Straßenzug Geiselbergstraße/Reiherbergstraße/Karl-Liebknecht-Straße erreichbar.

Herr Dr. Bauer erkundigt sich, ob die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes noch möglich wäre und welche Konsequenzen es hätte. Das Gebiet erscheint ihm wenig einladend; könnte überall gebaut werden, nix Charakteristisches! Städtebauliche Alternativen: Wohnriegel vs. Würfelbauten?

Herr Kirsch macht aufmerksam, dass weitere Flächen benötigt werden und fragt nach der Zeitschiene und den wirtschaftlichen Ressourcen. Herr Kirsch spricht sich für einen Generalstabsplan für das ganze ländliche Gebiet aus. Ein Masterplan rund um Golm ist erforderlich.

Herr Klipp hinterfragt den Änderungsantrag von Herrn Krause, wie dem Nutzen einer Verbindung der beiden Baugebiete und der Berücksichtigung der Sichtbeziehungen zu umgebenden Höhenkuppen.

Herr Krause äußert, dass dies im Kontext mit der Nordanbindung als auch der Nutzbarkeit für die Bewohner zu sehen sei.

Herr Goetzmann geht auf die Anregung zur Durchführung eines Städtebaulichen Wettbewerbes ein. Das jetzt vorgelegte städtebauliche Bild sagt aus, wo welche Massenverteilung und wo welche Körnigkeiten bestehen. Mit einem städtebaulichen Wettbewerb würde der B-Plan auf die Stufe des Vorentwurfes zurück fallen, man benötige für einen Wettbewerb einen Vorlauf von ½ bis ¾ Jahr. Vorausgesetzt die finanziellen und personellen Voraussetzungen wären vorhanden.

Herr Jäkel betont, dass sich der OBR Eiche auf das Plangebiet beschränkt. Es sei die Absicht die Möglichkeit der Fortsetzung der Straße und nördliche Anbindung in einem nächsten Schritt auf den Weg zu bringen; jetzt aber keine Erweiterung des Geltungsbereiches vorzunehmen..

Herr Kirsch stimmt zu, dass es hier nur um die Möglichkeit gehen würde und keine Vorfestlegung beabsichtigt ist.

Die Ausschussvorsitzende stellt den GO-Antrag auf Vertagung des TOP's, um sich in der

Fraktion beraten zu können..

Herr Goetzmann unterbreitet folgenden Verfahrensvorschlag:
Übernahme des Inhaltes des Änderungsantrages von Herrn Jäkel bzgl. der Verlängerung der öffentlichen Straßenverkehrsfläche.

Für den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung spricht Herr Krause, dagegen Herr Kirsch
Abstimmung zur Vertagung: 6/5/0

zu 3.5 Durchgang im Schäferfeld

Vorlage: 13/SVV/0176

Fraktion DIE LINKE

SB (ff)

Zurück gestellt bis zur Sitzung 28.05.2013– sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.6 Workshop "Langer Stall"

Vorlage: 13/SVV/0202

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Kirsch sieht es kritisch, dass das Ergebnis eines Wettbewerbes jetzt geändert werden soll. Wenn die Entscheidung für die Durchführung eines Städtebaulichen Wettbewerbes getroffen worden ist, dann sollte auch das Ergebnis akzeptiert werden.

Frau Hüneke stellt dar, dass es sich um einen Ideenwettbewerb mit anspruchsvoller Aufgabenstellung gehandelt habe. Das Ergebnis der langen, ungegliederten Wohnhausfassade zur Plantage sei für Potsdam vollkommen untypisch und für den speziellen Standort nicht akzeptabel. Es räche sich jetzt, dass ihrem früheren Vorschlag, zuvor im B-Plan-Verfahren eine Klärung der Rahmenbedingungen herbeizuführen, nicht gefolgt worden sei. Der Ideenwettbewerb habe nicht die gleiche Verbindlichkeit wie ein Wettbewerbsverfahren, so dass die Stadtverordneten das gute Recht hätten, hier einwirken zu wollen. Es gehe nicht darum, seine Ergebnisse in Frage stellen zu wollen, sondern die darin vorgebrachten guten Ideen zu nutzen.

Frau Engelbrecht (Stadterneuerung – Potsdamer Mitte) geht erläuternd auf den gegenwärtigen Planungsstand ein. Hinsichtlich des vorliegenden Antrages ist nicht erkennbar, welchen qualitativen Zugewinn der vorgeschlagene Workshop - sowohl inhaltlich als auch verfahrenstechnisch - zu dem Ergebnis des nach den geltenden Wettbewerbsstandards unter Begleitung durch die Brandenburgische Architektenkammer sowie unter umfangreicher Beteiligung qualifizierter Architekten und erfahrener Fachleute durchgeführten Wettbewerbsverfahren bringen könnte. Die Umsetzung des vorliegenden Antrags würde durch die Nichtachtung des erzielten Wettbewerbsergebnisses auch eine Nichtachtung des gesamten Wettbewerbsverfahrens und aller daran Beteiligten darstellen. Ein erheblicher Imageverlust für die Potsdamer Wettbewerbskultur wäre die Folge. Frau Engelbrecht informiert, dass der private Eigentümer des nördlichen

Teilstücks des ehemaligen Langen Stalls sich bereits - entgegen seiner ursprünglichen Planung - zur Umsetzung des Siegerentwurfes auf seinem Grundstück verpflichtet und einen entsprechenden Bauantrag eingereicht hat. Sowohl im Auswahlgremium der Wettbewerbsteilnehmer als auch im Preisgericht waren namhafte externe Experten vertreten, darunter auch Mitglieder des Gestaltungsrates. Ebenso in der Jury waren Mitglieder der Verwaltung sowie beide Grundstückseigentümer. Vertreter aller relevanten Fachämter waren als Sachverständige bereits im Rahmen der Vorprüfung beteiligt. Alle Fraktionen waren mit jeweils einem Vertreter als Gäste zur Preisgerichtssitzung geladen. Die anwesenden Fraktionsvertreter sowie der eingeladene Vertreter der Bürgerinitiative Mitteschön hatten Rederecht, da das Preisgericht dies zu Beginn der Sitzung nicht explizit ausgeschlossen hatte. Von diesem Rederecht wurde jedoch bis auf eine Ausnahme kein Gebrauch gemacht. Beide Eigentümer des Langen Stalls haben das Wettbewerbsergebnis anerkannt. Der Bauantrag ist kurz vor der Genehmigung. Der Bebauungsplan wird voraussichtlich zur Septembersitzung zur Auslegung vorgelegt werden. Im Jahr 2014 wird für die Plantage ein landschaftsplanerischer Wettbewerb durchgeführt. Frau Engelbrecht bittet, das Wettbewerbsergebnis zu akzeptieren.

Herr Klipp ergänzt, dass er den Mitgliedern des Gestaltungsrates den Antrag zur Kenntnis gegeben habe. Der Gestaltungsrat habe sich für den Erhalt der Wettbewerbskultur ausgesprochen und ist der Meinung, dass das Wettbewerbsergebnis umgesetzt werden solle.

Frau Hüneke betont, dass mit diesem Antrag nur das Grundstück des Sanierungsträgers betroffen sei. Zu den Äußerungen der Verwaltung stellt sie dar, dass entscheidend sei, welche Grundlagen in den Wettbewerb gegeben werden, d.h. unter welchen Prämissen dieser stattgefunden habe. Das vorliegende Wettbewerbsergebnis sei ein einheitlicher ungegliederter Wohnbau, ohne Maßstäblichkeit. Mit dem Antrag wird das Anliegen verfolgt, die Prämisse der Einheitlichkeit zu hinterfragen.

Herr Goetzmann geht nochmals auf die Regularien für die Durchführung von Städtebaulichen Wettbewerben ein. Die mit dem Antrag gewünschte Rückkehr, stelle eine Missachtung derjenigen dar, die sich in diesem Prozess mit sehr viel Energie engagiert haben.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in einem Workshop die architektonische Figur des Langen Stalles sowie die städtebaulichen Prämissen für das Grundstück östlich davon zu klären, die Grundlage für den Verkauf des Grundstücks durch den Sanierungsträger sein sollen. Dabei sind die Vorschläge aus dem Wettbewerbsverfahren informativ einzubeziehen. Im begrenzten Teilnehmerkreis sollen Mitglieder der Verwaltung, des Gestaltungsrates, ein Vertreter jeder Fraktion (auch Externe) eingeladen werden.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2013 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.7 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV

Vorlage: 13/SVV/0203

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und regt an, die Behandlung heute als 1. Lesung zu verstehen.

Herr Domnick (Beteiligungsverwaltung) berichtet, dass die Tarifgestaltung und die Finanzierung des ÖPNV seit Jahren Gegenstand in den verschiedenen Gremien sei. Er verweist hier auch auf den Vorschlag zum Bürgerhaushalt (Nr. 11 Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs), welcher teilweise mit dem Antragsanliegen der Fraktion B90/Gr. einher geht. Die Komplexität der im Vorschlag enthaltenen Aspekte veranlasst die beteiligten Bereiche Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung sowie Beteiligungsverwaltung das Thema umfassend mittels einer vertiefenden Untersuchung aufbereiten zu lassen. Dabei sollen die Rahmenbedingungen analysiert, die benannten Aspekte betrachtet und für Potsdam bewertet werden. Innerhalb der Untersuchung soll auf die Umsetzbarkeit der einzelnen Aspekte, sowie daraus entstehende Vor- und Nachteile eingegangen werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten Grundlage für die weitere Diskussion sein. Von daher wird empfohlen, jetzt noch keine Beschlussfassung zu diesem Antrag vorzunehmen.

Herr Dr. Bauer steht dem Antrag wohlwollend gegenüber und schlägt vor, auch die brasilianische Stadt Curitiba sowie Vertreter der Fraktionen einzubeziehen. Herr Kühn erinnert an die Einbeziehung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Herr Teuteberg findet den Antrag sympathisch. Herr Jäkel regt an, die Thematik in vorhandenen Arbeitsgruppen anzusiedeln.

Herr Kirsch äußert sich ebenfalls positiv und schlägt jedoch vor, sich erst über die Aufgabe eine Meinung zu bilden. So dass klar ist, wo es hingehen soll und welche Parameter zu prüfen sind.

Herr Dr. Gunold spricht sich für die Erarbeitung einer Verwaltungsvorlage unter Einbeziehung vorliegender Ergebnisse in Potsdam und Erfahrungen anderer Städte aus.

Herr Cornelius verweist darauf, dass es keinen kostenlosen ÖPNV geben kann, sondern nur einen ticketfreien. Er befürwortet die Erfahrungen aus den im Antrag benannten Städten einzubeziehen, rät jedoch auch an andere Städte, wie

Hamburg, Tübingen und Kiel heranzutreten.

Frau Hüneke dankt für die Anregungen. Auf dieser Grundlage wird nochmals eine Verständigung in der Fraktion erfolgen, ob weiter wie im Antrag die Arbeitsgruppe angestrebt oder der Vorschlag der Verwaltung, zuerst ein Gutachten zu beauftragen, aufgenommen werden soll. Sie kündigt zur nächsten Sitzung ggf. die Einbringung eines geänderten Antrages an.

Herr Klipp informiert, dass es aus dem Tarifgebiet der Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2012 ca. 21 Mio.€ Fahrgeldeinnahmen gibt. Überlegungen sind auch erforderlich, wie die derzeit 21 Mio. € und steigende kompensiert werden sollen. Diese Einnahmen seien dringend erforderlich, um Investitionen in Infrastruktur und neue Fahrzeuge tätigen zu können.

Herr Heuer merkt an, dass es bereits Personengruppen (Studierende) gibt, die eine "Zwangsabgabe" leisten, egal ob sie den ÖPNV nutzen oder nicht.

Die Behandlung des Antrages wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 3.8 Azubiwohnen
Vorlage: 13/SVV/0204
Fraktion SPD

Herr Bachmann bringt den Antrag ein.

Herr Weiberlenn (Bereich Bildung) informiert zum Sachverhalt und geht auf Rückfragen der Teilnehmer ein. Die Berichterstattung wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für Auszubildende in Potsdam besteht. Wenn die Bedarfsprüfung positiv ausfällt, sollen Ansätze entwickelt werden, wie und mit welchen Partnern (städtische und private Unternehmen, öffentliche Partner) die LHP dazu beitragen kann. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2013 vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 3.9 Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten (Wiedervorlage)

Vorlage: 13/SVV/0152

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Mitteilungsvorlage

Als Vertreter aus dem Expertengremium "Potsdam22" nehmen Herr Dr. Reusswig (PIK) und Herr Hagenau (Projektkommunikation) das Rederecht wahr.

Herr Böttche bringt die Mitteilungsvorlage ein und geht gemeinsam mit den Herren Reusswig und Hagenau auf Rückfragen und Hinweise der Teilnehmer ein:

- Erinnerung an die mit Beschluss der STVV erbetene Definition von bezahlbaren Mieten
- Gesamtbetrachtung der Wohnkosten ist eine Relation zwischen Einkommen und Lebensniveau
- Selbstbeschränkung bei Neuvermietung – Verweis auf soziale Verantwortung
- Kopplung von Wohnen, Miete und Klimaschutz sollte weiter verfolgt werden
- hinsichtlich der Rolle des Bundesgesetzgebers was die Neuvermietungsrenten betrifft, ist keine Bewegung erfolgt
- Wohnkostenbelastungsquote als Gesamtheit der Wohnkosten (darin auch Mobilität, Strom, Heizung usw. enthalten)
- Anregung bei der Erarbeitung des Konzeptes einzubeziehen was wird eingebracht, welche Entlastungseffekte erhalte ich; Gegenüberstellung Mieteinsatz und Effekte
- Entlastung durch Beschaffung von belegungsgebundenen Wohnungen
- Versorgung von wirtschaftlich schwachen Haushalten (WE mit flexiblen Bindungen)

Es erfolgt die Information, dass sich der Gesundheits- und Sozialausschuss am 16.4.2013 mit der Vorlage befasst und diese zustimmend zur Kenntnis genommen habe. Dies erfolgte mit der Anregung, die Finanzierung 2013/14 zu sichern und der Ankündigung von entsprechenden Anträgen zum Haushalt.

Frau Schulze ergänzt aus dem Gesundheits- und Sozialausschuss, dass die Thematik sehr intensiv und lang diskutiert worden ist und die Verwaltung beauftragt wurde, ein wohnungspolitisches Konzept zu erstellen.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.10 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2012/2013

Vorlage: 13/SVV/0193

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
Mitteilungsvorlage

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) bringt die Vorlage ein und geht gemeinsam mit Frau Moll (Wirtschaftsförderung) auf Rückfragen zum Kirchsteigfeld und Friedrichspark ein.

Herr Krause spricht das Erfordernis eines zügigen Eintritts in das aktive Liegenschaftsmanagement an und verweist auf das StEK Gewerbe. Er bittet Herrn Frerichs darzulegen, welche Schritte in Richtung eines aktiven Liegenschaftsmanagements eingeleitet worden

sind.

Die Mitteilungsvorlage wird durch den SB-Ausschuss zur Kenntnis genommen.

- zu 3.11 Kino Charlott**
Vorlage: 13/SVV/0221
FB Bauaufsicht und Denkmalpflege
Mitteilungsvorlage

Zurück gestellt.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

- zu 4.1 Info. "Baustellen 2013 im Hauptverkehrsnetz der LHP"**
FB Grün- und Verkehrsflächen

Zurück gestellt auf die nächste Sitzung.

- zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 14.03.2013 bis 10.04.2013**
Bereich Bauordnung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit (22.05 Uhr) werden die Ausschussmitglieder gebeten, der Ausschussbetreuerin Frau Kropp zu übermitteln, zu welchen Vorhaben in der nächsten Sitzung informiert werden soll.

- zu 4.3 Infomation zur Begrünung des Kreisels Drewitz (Bitte von Herrn Heuer)**

Herr Heuer bittet um Beantwortung der Frage, hinsichtlich der ursprünglich geplanten Variante eines begrüneten Kreisels um eine einseitig vorgenommene Abweichung von der öffentlich bekannten und diskutierten Planung handelt.

Herr Schenke (Verwaltungs/Finanzmanagement – Verkehrsflächen) stellt kurz die Chronologie bis zur Umsetzung der Verkehrslösung vor.

Ergebnis des Werkstattverfahrens im August 2011 war die Errichtung von zwei Kreisverkehren, die den zukünftigen Konrad- Wolf- Park sozusagen „einrahmen“ sollen.

Diese städtebauliche Empfehlung floss in den Masterplan vom November 2011 ein und wurde auch durch die SVV bestätigt. In den Masterplan sind die beiden Kreisverkehre zwar mit einem mittigen grünen Punkt dargestellt. Dies bedeutet nicht, dass es sich hier um einen kleinen Kreisverkehr mit einer mittigen Baumscheibe handele.

Aufgrund des Masterplanes wurde durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen eine Straßenplanung beauftragt. Diese sieht zwei Minikreisel mit einem Durchmesser von 20 m vor. Damit kann das wichtige Planungsziel die Minimierung der Durchgangsverkehre bei Erhöhung der Verkehrssicherheit erreicht werden.

Die Lage des Kreisverkehrs richtet sich nach den Schnittpunkten der Straßenachsen und der seitlichen Begrenzung der Gleisanlage und Bebauung. Ein größerer Kreis an gleicher Stelle ist nicht möglich. Aufgrund des Durchmessers von 20 m muss insbesondere der Linienbusverkehr über die Kreiselmittle fahren können, wodurch sich die Errichtung einer Baumscheibe ausschließt.

Alle Planungsschritte wurden mit der gewählten Bürgervertretung abgestimmt. Die Errichtung der beiden Minikreisel fand deren Zustimmung.

Am 15. März 2013 wurde beim FB Grün- und Verkehrsflächen ein Vorschlag eingereicht, einen sogenannten kleinen Kreisverkehr mit einem Durchmesser von 26 m zu errichten. Begründet wurde dieser Vorschlag mit einer Minimierung von Baumfällungen und des Versiegelungsgrades. Der Vorschlag wurde geprüft. Bei einer Umsetzung müssten 2 zusätzliche Platanen gefällt werden und der Versiegelungsgrad würde sich erhöhen. Dieser vergrößerte Kreisverkehr könnten nur errichtet werden, wenn zusätzlicher Grunderwerb getätigt und weitere Stellplätze zurückgebaut werden würden.

Die Umsetzung des Vorschlages wurde von der Verwaltung als auch von der Bürgervertretung in Drewitz abgelehnt.

Herr Heuer bittet die Verwaltung mit der Anwohnerschaft lösungsorientiert in bilateralen Kontakt zu treten.

zu 4.4 Information bzgl. der Ausschreibung des Grundstücks Breite Straße (auf Nachfrage von Herrn Krause und Herrn Jäkel)

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 4.5 Info. zur Stellungnahme der Pro Potsdam bzgl. der e-mail "Hilferuf" v. 7.4.13 an alle Fraktionen, hier zur Konrad-Wolf-Allee

Aufgrund des Abbruchs der Sitzung wird die erbetene Information diesem Protokoll als Anlage beigefügt. Sollte es Nachfragen geben, so sind diese ggf. in der nächsten Sitzung zu stellen.

Neu Information zur Radverkehrssicherheit

Auch diese Information wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit (22.04 Uhr) nicht mehr behandelt.

Herr Klipp verweist auf die zwischenzeitlich erfolgte Öffentlichkeitsarbeit. Die Pressemitteilung sowie die Information zu den Sofortmaßnahmen wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Sollte es Nachfragen geben, so sind diese direkt an die Verwaltung zu richten bzw. in der nächsten Sitzung zu stellen.

zu 5 Sonstiges

Herr Jäkel bittet, die heute vertagten Tagesordnungspunkte in der kommenden Sitzung zu Beginn zu behandeln und dies bereits bei der Vorbereitung der Tagesordnung zu berücksichtigen.